



## Antrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP**

### **Kulturfestival SH und coronabedingte Kulturhilfen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Corona-Pandemie hat die Kulturszene sowie die Veranstaltungsbranche wie kaum eine zweite im Land hart getroffen. Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung, in der 37. Tagung des Landtages im November 2020 einen mündlichen Bericht zum Kulturfestival SH und zu den coronabedingten Förderprogrammen des Landes für die Kultur zu geben. Ebenso bittet der Landtag die Landesregierung zu berichten, ob und in welcher Form die zweite Phase des Kulturfestivals durchgeführt werden kann, um Künstlerinnen und Künstler sowie die Veranstaltungsbranche weiterhin zu unterstützen. Hinsichtlich des Kulturfestivals soll u.a. dargestellt werden, wie viele Kulturschaffende vom Kulturfestival profitieren konnten, wie die Veranstaltungsbranche unterstützt und wie das Publikum eingebunden wurde.

#### **Begründung:**

Seit März sind viele Kulturschaffende de facto ohne Auftrittsmöglichkeiten und damit ohne Einkommen. Kulturhilfen des Bundes und der Länder haben aufgrund der sehr diversen persönlichen Situationen von Künstlerinnen und Künstlern längst nicht alle erreicht. Auch die Veranstaltungsbranche leidet erheblich unter den von heute auf morgen weggebrochenen Aufträgen. Darüber hinaus ist die Kulturlandschaft durch verschiedene Förderprogramme des Landes wie u.a. Soforthilfe Kultur I und II, Kulturhilfe SH sowie Digitalisierungsprogramm Kultur während der Corona-Pandemie finanziell unterstützt worden. Das Kulturfestival SH hat in dieser Situation Künstlerinnen und Künstlern eine Bühne geboten und der Veranstaltungsbranche Arbeit gegeben. Rund 2,25 Millionen Euro Landesmittel sind insgesamt in der ersten Phase von Juli bis Oktober in das Kulturfestival geflossen, für das

von Ende Oktober bis Ende November eine zweite Phase geplant war. Aufgrund des Beschlusses der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit der Bundeskanzlerin sowie des darauffolgenden Beschlusses der Landesregierung können diese Veranstaltungen im November nicht in der geplanten Form durchgeführt werden.

Anette Röttger  
und Fraktion

Marlies Fritzen  
und Fraktion

Anita Klahn  
und Fraktion